

Offener Brief gegen Bayerns diskriminierende Sprachverbote

Bündnis aus Gewerkschaften, Bildung und Zivilgesellschaft fordert Sprachfreiheit und Förderung queerer Sichtbarkeit

München, 8. Februar 2024. Heute wendet sich ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, queeren Organisationen, hochschulpolitischen Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in einem offenen Brief an den Bayerischen Landtag, um gegen das von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) angekündigte Genderverbot in Bayern zu protestieren.

Ende vergangenen Jahres kündigte der bayerische Ministerpräsident ein Genderverbot für Verwaltung und Schulen in Bayern an. Der DGB Bayern, die DGB-Jugend Bayern, die EVG Bayern, die GEW Bayern und der LSVD Bayern initiierten nun einen offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, der von weiteren 53 Organisationen unterstützt wird.

Das Bündnis fordert die Abgeordneten auf, das von der Staatsregierung angekündigte Vorhaben eines Genderverbots zu verhindern und sich stattdessen für Geschlechtergerechtigkeit, Akzeptanz und Repräsentanz queerer Menschen mit ihren vielfältigen Lebensrealitäten einzusetzen.

"Sprache schafft Realität. Unsere Gesellschaft ist nicht ausschließlich binär, warum sollte es dann unsere gemeinsame Sprache sein? Mit Bayerns Sprachverboten von geschlechtergerechter Sprache spaltet die Staatsregierung unsere Gesellschaft und drängt nicht-binäre Menschen weiter in die Unsichtbarkeit. In einer Zeit, in der queere Menschen massiven Angriffen ausgesetzt sind, muss Sprache verbinden, statt zu spalten.", erklärt **Markus Apel aus dem Vorstand des LSVD Bayern**.

Für viele queere Menschen in Bayern gehören Diskriminierung und Gewalt zum Alltag. Der LSVD setzt sich deshalb für einen wirksamen Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit ein. In einem zivilgesellschaftlichen Maßnahmenkatalog vom November 2023 wird die Förderung von geschlechtergerechter Sprache als Teil eines Aktionsplans explizit gefordert. Der LSVD macht zudem deutlich, dass bayerische Sprachverbote von nicht-binärer Sprache nicht mit den Zielen des angekündigten „Bayerischen Aktionsplan Queer“ vereinbar sind.

[Offener Brief \(Website der GEW Bayern\)](#)

[Zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog \(November 2023\)](#)

Pressekontakt:

Markus Apel (Pronomen: er/he)
LSVD Bayern, Vorstand und Pressesprecher

(+49) 015781299395
markus.apel@lsvd.de
[Pressefoto](#)